

NIEDERSCHRIFT UDF/009/2012

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten am 08.05.2012 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Florian Heuermann

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Herr Ludger Kleideiter

Vertretung für Herrn Dr.
Wolfgang Meyring

Herr Bernd Kösters

Herr Thomas Schulze Temming

Vertretung für Herrn Lutz
Wichmann

Frau Sarah Bosse

Vertretung für Herrn
Hans-Jürgen Dittrich

Herr Ralf Flüchter

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Andreas Groll

Herr Winfried Heymanns

Herr Carsten Rampe

Herr Hans-Werner Wehmeier-
Richardson

Vortragender Gast:

Herr Christian Dahm

Energieagentur NRW
zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Hubertus Messing

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:10 Uhr

Herr Heuermann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. "Energieautarke Stadt Billerbeck"

Verwaltungsseitig wird auf die Vorberatungen in diesem Ausschuss und in der Lenkungsgruppe „Energieautarkes Billerbeck“ verwiesen.

Dann stellt Herr Dahm von der Energieagentur NRW, wie schon in der Lenkungsgruppe am 07.03.2012, die Energieagentur und seine Arbeit vor (**Anlage 1**).

Herr Brockamp widerspricht der Äußerung von Herrn Dahm, dass die unterste Ebene des Prozesses die Kommunen wären. Unterste Ebene sei doch der einzelne Bürger. Die von Herrn Dahm dargestellten Ziele seien bereits weitgehend verinnerlicht, das Bewusstsein bei den Bürgern sei vorhanden und die Stadt habe viele Maßnahmen z. B. zur energetischen Optimierung an den Schulen und im Freibad bereits durchgeführt. Hier gehe es um Billerbeck mit rd. 12.000 Einwohnern und nicht um eine Großstadt. Jetzt solle von oben ein zusätzlicher bürokratischer Deckel aufgestülpt werden. Außerdem entstünden zusätzliche Personalkosten für einen Prozess, der bereits im Gange sei. Außerdem dürfe man nicht vergessen, dass bei einer Förderung immer noch der Eigenanteil aufgebracht werden müsse.

Herr Flüchter stellt heraus, dass sich die Grünen selbstverständlich für eine Teilnahme am european energy award (eea) aussprechen. So könnten verschiedene Maßnahmen koordiniert werden. Auch wenn zusätzliche Personalkosten entstünden, wäre eine externe Beratung und Begleitung sicherlich gut. Das Projekt sollte gemeinschaftlich mit der Lenkungsgruppe angegangen werden. Dabei würden sicherlich auch Dinge angestoßen, die kein Geld kosten aber eine Verhaltensänderung herbeiführen.

Herr Brockamp macht deutlich, dass er nicht gegen das Einsparen von Energie sei, nur sollte nicht von oben ein Deckel aufgestülpt werden. Vielleicht sollte zunächst die CO² Bilanz erstellt werden, um dann weiter zu sehen. Nicht vergessen dürfe man die zusätzlichen Personalkosten.

Herr Dahm weist darauf hin, dass man mit der CO² Bilanz der Uni Münster zwar Zahlen vorgelegt bekomme, diese aber nur bedingt aussagekräftig seien. Wichtig sei die Koordination und Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen.

Herr Rampe spricht sich für eine Teilnahme am eea aus. Auch wenn zusätzliche Personalkosten entstünden sei es wichtig, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, damit das Vorgehen koordiniert wird.

Frau Bosse stellt heraus, dass wenn man die Verwirklichung der Idee ernst nehme, man den vorgeschlagenen Weg gehen müsse. Der Arbeitsaufwand würde per se entstehen. Bei einer externen Begleitung sei die Kontinuität eher gewährleistet. Letztlich werde man von dem eea profitieren.

Herr Flüchter erkundigt sich, ob bereits Überlegungen angestellt wurden, wie der zusätzliche Personalaufwand geregelt werden soll. Im Übrigen müssten die anderen Gemeinden ja positive Erfahrungen mit dem eea gemacht haben, ansonsten würde sich Nottuln z. B. die Auszeichnung nicht unter das Ortsschild heften.

Frau Dirks bestätigt, dass die Gemeinden, die an dem eea teilgenommen haben, grundsätzlich positive Erfahrungen gemacht hätten. Die zusätzlichen Personalstunden sollen durch Erhöhen des Stundenkontingents eines Teilzeit-Mitarbeiters gestemmt werden. Sie verspreche sich von einem externen Berater Input für die weitere Vorgehensweise. Es gehe nicht nur um eine Ist-Analyse, sondern auch um das Initiieren von Projekten.

Herr Dahm stellt heraus, dass er es bisher noch nicht erlebt habe, dass ein Lenkungskreis neben den Verwaltungsmitarbeitern aus hoch motivierten Externen besteht. Er glaube, dass mit diesem Lenkungskreis gute Arbeit geleistet werden könne.

Herr Brockamp betont, dass auch ohne Berater die Schulen saniert und die Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt wurde. Sicherlich sei die Sache als solche sinnvoll, aber hierdurch entstünden zusätzliche Personalkosten. Und auch wenn eine Förderung gewährt werde, müsse die Stadt den Eigenanteil aufbringen. Angesichts der jetzigen Finanzsituation sehe er die Sache nicht als so dringend an.

Herr Schulze Temming sieht ebenfalls das Problem der Kosten. Der Verwaltung würden Mehrstunden aufgebürdet und es entstünden Kosten für den externen Berater. Die Produktion der erneuerbaren Energien und der Energieverbrauch der Gemeinden müsse erfasst werden, um zu sehen, wo die Probleme liegen. Hier könne der Kommunalsteckbrief schon helfen. Bisher habe man es auch geschafft energetischen Sanierungen in den Schulen oder im Freibad durchzuführen. Wenn größere Maßnahmen anstünden, könnte der Lenkungskreis wieder einberufen werden. Zurzeit sehe er noch nicht den Bedarf, Geld für den eea auszugeben.

Herr Kleideiter sieht derzeit auch noch keine Vorteile für Billerbeck. Wichtig sei nach seiner Meinung die Einstellung der Menschen vor Ort. Diese Einstellung sei bei den meisten leider abhängig vom Geldbeutel. Die Stadt habe bereits bei den Schulen und im Freibad viel zur Energieeinsparung getan.

Herr Flüchter merkt an, dass sicherlich bei jeder der angesprochenen Investitionen Umweltaspekte eine Rolle gespielt hätten, aber es müsse doch auch eine Strategie dahinter stehen. Dazu gehöre eine Analyse des Ist-Zustandes. Es gebe sicherlich viele Themenbereiche, über die man noch gar nicht nachgedacht habe.

Frau Bosse hält Herrn Kleideiter entgegen, dass doch gerade so ein Verfahren das Bewusstsein der Bürger extrem stärken könne. Sie meine, dass der Gemeinschaftssinn eine gewisse Steuerung benötige, es gehe

um Lenken und nicht um Bevormunden.

Herr Flüchter erkundigt sich welche Erfahrungen die Nachbarkommunen mit der Teilnahme am eea gemacht haben.

Frau Dirks berichtet, dass alle teilnehmenden Gemeinden den gesteuerten Prozess als positiv empfunden hätten. Kritisch sei jedoch angemerkt worden, dass es schwierig sei, Menschen für eine theoretische Arbeit zum Klimaschutz zu bewegen.

Herr Groll bezeichnet es als schwierig eine Entscheidung zu treffen, ohne genau zu wissen, wie hoch die zusätzlichen Personalkosten sind.

Herr Heuermann schlägt vor, die Verwaltung mit der Ermittlung der exakten Personalkosten zu beauftragen. Evtl. könnte zur nächsten Sitzung ein Vertreter aus einer vergleichbaren Nachbarkommune eingeladen werden, um über die dortigen Erfahrungen zu berichten.

Herr Messing beziffert die zusätzlichen Personalkosten auf rd.
 80 Stunden x 4 Jahre = 320 Stunden
 29,-- €/Std = 2.320,-- € jährlich für den Teamleiter.

Herr Brockamp schlägt vor, für das nächste Jahr einen Betrag in den Haushaltsplan einzustellen. Erst müssten die genauen Personalkosten bekannt sein. Er sei nicht bereit, auf der Grundlage ungenauer Beträge einen Beschluss zu fassen.

In der Diskussion über das weitere Vorgehen appelliert Frau Bosse an die Ausschussmitglieder, heute eine Entscheidung für eine Teilnahme am eea zu treffen. Sie benötige keinen Erfahrungsbericht aus einer anderen Kommune. Sie hätten bereits gehört, dass die Erfahrungen positiv gewesen seien und die Personalkosten seien ebenfalls genannt worden.

Herr Kösters hält eine gemeinsame Entscheidung für wichtig, es sollte keine Konfrontation aufkommen.

Herr Brockamp stellt den Antrag, die Entscheidung auf die nächste Sitzung zu verschieben und die Verwaltung zu beauftragen, bei der Uni Münster eine CO² Bilanzierung in Auftrag zu geben sowie die Personalkosten exakt zu ermitteln.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass die Daten der Uni Münster bereits vorlägen.

Frau Dirks ergänzt, dass die Personalkosten nicht genauer als von Herrn Messing beziffert, angegeben werden können. Sie gehe davon aus, dass dieser Betrag nicht überschritten werde.

Herr Flüchter meint, dass es der Verwaltung möglich sein müsse, die Personalkosten in der Ratssitzung zu beziffern.

Dann sollte die Verwaltung aber in der Ratssitzung auch über die Erfah-

rungen anderer vergleichbarer Kommunen berichten, so Herr Brockamp.

Herr Heymanns regt an, heute einen Beschlussvorschlag für den Rat zu fassen und der Teilnahme zuzustimmen, wenn die Personalkosten passen.

Herr Heuermann stellt den Antrag des Herrn Brockamp zur Abstimmung, heute keinen Beschlussvorschlag für den Rat zu fassen, sondern die Verwaltung zu beauftragen, bis zur nächsten Ratssitzung entsprechende Informationen aus vergleichbaren Nachbarkommunen einzuholen und die Personalkosten schriftlich darzulegen.

Diesem Antrag wird mit **6 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen** zugestimmt.

2. Erweiterung der Bestattungsmöglichkeiten auf beiden Friedhöfen hier: Vorberatung zur Anpassung der Friedhofssatzung

Frau Dirks erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von Herrn Flüchter teilt Frau Dirks mit, dass auch auf dem alten Friedhof pflegefreie Bestattungsformen angeboten werden sollen.

Herr Kleideiter führt an, dass es lt. Satzung ermöglicht werden soll, zusätzlich eine Urne in einer voll belegten Grabstätte beizusetzen, wenn die räumlichen Verhältnisse der Grabstätte dies zulassen. Er fragt kritisch nach, ob die Verwaltung nach Gutdünken hierüber entscheide oder ob nicht bestimmte Maße festgelegt werden können.

Herr Messing erläutert, dass in den letzten 15 Jahren nur in zwei tragischen Fällen von dieser Ausnahme Gebrauch gemacht wurde. Konkrete Maße könnten nicht festgelegt werden, weil die Gräber unterschiedliche Größen hätten. Heute sei für Grabstellen lt. DIN mehr Platz vorgesehen als früher. Wenn Wahlgrabstätten zu klein seien, werde keine zusätzliche Urnenbeisetzung zugelassen. Die Regelung in der Satzung solle der Verwaltung als Argumentationsgrundlage dienen. Zusätzliche Urnenbeisetzungen sollen auch in Zukunft nur in äußersten Notfällen zugelassen werden.

Herr Brockamp regt an, sowohl auf dem alten als auch auf dem neuen Friedhof eine zentrale Ablagestelle für Kerzen und Blumen vorzusehen.

Frau Dirks sagt zu, die Anregung aufzugreifen und einen Vorschlag zu unterbreiten.

Herr Brockamp bezieht sich dann auf den § 7 Abs. 5, wonach Erdbestattungen und Einäscherungen innerhalb von 8 Tagen nach Eintritt des Todes erfolgen und Aschen spätestens 4 Wochen nach der Einäscherung bestattet werden müssen. Andere Kommunen verwendeten den Begriff „unverzüglich“, damit eine Gleichbehandlung stattfinde.

Herr Messing erläutert, dass sich die Frist von 8 Tagen aus dem Gesetz ergebe. Bzgl. der Aschen sei die Formulierung der Mustersatzung entnommen worden.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass „unverzüglich“ auslegungsfähig sei, deshalb sollte konkret eine Frist gesetzt werden.

Die Nachfrage von Herrn Brockamp, ob eine Gleichbehandlung nicht Pflicht sei, verneint Frau Dirks.

Auf Wunsch von Herrn Brockamp wird die Verwaltung noch einmal recherchieren, ob die Frist für Erdbestattungen und Einäscherungen gleich sein muss.

Herr Brockamp macht deutlich, dass die Nutzungszeit bei Wahlgräbern von 50 Jahren auf 30 Jahre verkürzt oder die Möglichkeit einer Rückgabe eingeräumt werden sollte.

Herr Messing erläutert, dass Wahlgräber erworben würden, weil diese die Möglichkeit einer Verlängerung der Nutzungszeit böten. Wenn die Nutzungszeit verringert würde, hätte dies eine Gebührenerhöhung zur Folge, da die Einnahmen aus der Ausgleichsgebühr für die Differenz von 20 Jahren weg fielen. Diese Weniger-Einnahmen müssten aufgefangen werden und die Fixkosten auf die Gebühren der anderen Gräber umgelegt werden.

Frau Dirks weist auf die Möglichkeit der vorzeitigen Rückgabe von Wahlgräbern hin.

Nach weiterer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Den in dem Entwurf der neuen Friedhofssatzung formulierten Grundsätzen wird zugestimmt. Die neuen Bestattungsformen werden eingeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die Gebührensatzung zu erstellen. Die neuen Satzungen (Friedhofssatzung + Gebührensatzung) sollen dann vom Rat rechtzeitig beschlossen werden, so dass sie zum 1. Januar 2013 in Kraft treten können.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, zu recherchieren, ob die Fristen für Erdbestattungen und Einäscherungen gleich sein muss.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

Keine

4. Anfragen

4.1. Pflegearbeiten auf dem Friedhof - Frau Bosse

Frau Bosse berichtet, dass sie bei Pflegearbeiten auf dem Friedhof einen jungen Mann mit Motorsäge, aber ohne die richtige Schutzausrüstung beobachtet habe.

Herr Messing sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

4.2. Belieferung des K & K Marktes - Frau Bosse

Frau Bosse weist darauf hin, dass der K & K Markt bereits morgens ab 5:00 Uhr beliefert werde und das mit Geräuschbelästigungen einher gehe. Außerdem werde schon früh morgens ein Laubsauger eingesetzt.

Frau Dirks sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

4.3. Parkende Busse - Herr Heymanns

Herr Heymanns moniert, dass Busse häufig in der Innenstadt z. B. am Ostwall oder in der Kurve bei Kemper-Ahlers parkten. Beim Aussteigen der Insassen komme es nicht selten zu gefährlichen Situationen.

Herr Messing führt aus, dass die Veranstalter auf die Busparkplätze hingewiesen würden, bei unangemeldeten Wallfahrten sei das nicht möglich. Die Busfahrer ließen insbesondere ihre älteren Fahrgäste in der Nähe des Domes aussteigen. Hierauf müsse man Rücksicht nehmen.

4.4. Bäume an der Ludgeristraße - Herr Heymanns

Herr Heymanns bittet um Überprüfung der Bäume an der Ludgeristraße vom Evgl. Kirchenzentrum bis zum Ludgerusbrunnen. Bei jedem kleinen Sturm fielen morsche Äste herunter.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

4.5. Ersatzanpflanzungen im Gantweg - Herr Flüchter

Herr Flüchter weist darauf hin, dass am Gantweg die neu angepflanzten Bäume sehr lange Triebe hätten, die üblicherweise zurückgeschnitten würden. Außerdem sei die erste Reihe Mais knapp hinter den Bäumen gelegt worden. Der Flächennutzer sollte auf die Einhaltung der Grenzen hingewiesen werden.

4.6. Rennstrecke für Fahrzeuge - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter weist darauf hin, dass die Straße von der Westfalen-

Tankstelle bis zum Schuhhaus Kentrup in den Abendstunden als Rennstrecke genutzt werde. Er erkundigt sich, ob die Polizei hierüber informiert sei und ob es richtig sei, dass die Stunden der Bezirksbeamten gekürzt wurden.

Er wisse um die Tatsache, dass dort Rennen gefahren würden und sich auf dem K & K - Parkplatz Jugendliche mit ihren getunten Fahrzeugen trafen, so Herr Messing. Er sei im ständigen Austausch mit der Polizei, die dort vermehrt Geschwindigkeitskontrollen durchführe. Der Besitzer des Parkplatzes sei gebeten worden, die Schranke konsequent zu schließen.

Florian Heuermann
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin